

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 24. Oktober 1973

am Donnerstag, dem 25. Oktober 1973

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	16
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	16, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	7, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	8, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	11, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	2, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	3, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen	14, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	15, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammen- arbeit	3

*) Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

1. Abgeordneter **Eigen**
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die von der EG-Kommission vorgelegten Nachtragshaushalte zu einem beträchtlichen Teil darauf zurückzuführen sind, daß infolge der sehr stark gestiegenen Weltmarktpreise für Agrarprodukte die Abschöpfungseinnahmen der Europäischen Gemeinschaften zurückgegangen sind, und kann die Bundesregierung Angaben machen, in welcher Höhe die in den EWG-Haushalten veranschlagten Haushaltseinnahmen aus Abschöpfungen für EWG-Agrarprodukte infolge der gestiegenen Weltmarktpreise zurückgegangen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

2. Abgeordneter **Gansel**
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, den Mietern über die gegenwärtige rechtliche Regelung hinaus Schutz zu gewähren, wenn vom Vermieter die Umwandlung der Mietwohnung in eine Eigentumswohnung oder der Umbau einer Mietwohnung in mehrere Einzelappartements betrieben wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

3. Abgeordneter **Dr. Miltner**
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß seit Juni dieses Jahres in der Wochenzeitung der DKP „UNSERE ZEIT“ unter der Überschrift „Generale im UZ-Test“ eine gegen höchste Bundeswehroffiziere gerichtete Diffamierungskampagne durchgeführt wird, in der als sogenanntes „Testergebnis“ namentlich genannte Generale und Admirale als „ungeeignet für die Bundeswehr-Generalität bezeichnet werden, die nicht in eine Bundeswehr gehören, die sich demokratisch legitimieren möchte“, und ist die Bundesregierung bereit, dieser vermutlich aus der DDR mit dem Ziel der Zersetzung unserer Bundeswehr initiierten Aktion entgegenzutreten, nachdem dieser Sachverhalt ihr jetzt zur Kenntnis gebracht worden ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

4. Abgeordneter **Dr. Jahn**
(**Braunschweig**)
(CDU/CSU) Stimmt die Bundesregierung ihre Entwicklungshilfe, besonders die Schwerpunkte, mit den multilateralen Maßnahmen der EWG und den bilateralen Maßnahmen der Mitgliedstaaten der EWG ab?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

5. Abgeordneter **Dr. Kempfler**
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung bei der beabsichtigten Stilllegung von Stückgutknotenbahnhöfen auch die absehbare wirtschaftliche Entwicklung eines Einzugsgebiets berücksichtigen, oder geschieht die Stilllegung systematisch nach dem bisherigen Aufkommen?
6. Abgeordneter **Sauer**
(**Salzgitter**)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Kenntnis genommen von der in der Zeitschrift der Deutschen Bundesbahn „Schöne Welt“, Ausgabe Oktober-Heft 1973, Seite 6, gewählte Bezeichnung für die Bundesrepublik Deutschland — Deutsche Bundesrepublik —, und wenn dies der Fall sein sollte, hat sie Anweisung erteilt, zukünftig die offizielle Bezeichnung für unser Land in der Zeitschrift der Deutschen Bundesbahn zu verwenden?
7. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg**
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung dahin wirken, daß Rentner, die oft alleinstehen, unverzüglich auch als Einzelreisende bei der Deutschen Bundesbahn die Verbilligung der neuen Aktion „Rosa Zeiten“ erhalten?
8. Abgeordneter **Wende**
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung so zu ändern, daß für Lkw's aus Gründen der Verbesserung der Verkehrssicherheit größere Rückleuchtflächen vorgeschrieben werden?
9. Abgeordneter **Wende**
(SPD) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, welche Erfahrungen im Unfallgeschehen seit der Einführung der Geschwindigkeitsbegrenzung von 100 km/h auf Landstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften gemacht worden sind?
10. Abgeordneter **Niegel**
(CDU/CSU) Nach welchen Gesichtspunkten will die Deutsche Bundesbahn den Stückgutverkehr auf zahlreichen Bahnhöfen aufgeben, wie ist dies der Wirtschaft und der Bevölkerung förderlich, und wie vereinbart sich dieses Vorhaben mit den raumordnerischen Zielen, eine passive Sanierung der ländlichen Räume zu verhindern?

11. Abgeordneter
Reiser
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zu Plänen, Giftmüll auf hoher See zu verbrennen und abzuladen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

12. Abgeordneter
Dr. Zimmermann
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesregierung langfristig die Einführung der Faksimilzeitung in der Nachrichtentechnologie plant?
13. Abgeordneter
Dr. Zimmermann
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Struktur und Meinungsvielfalt der Presse, wenn Zeitungen über den Fernschirmschirm abgerufen und dann nach Wunsch fotokopiert werden können?
14. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der von der „Internationalen Rhein-Gruppe“ am Mittwoch, dem 10. Oktober 1973 veröffentlichten Studie über die Verschmutzung des Rheins, und welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung aus dieser Studie für ihre Haltung bei der bevorstehenden Ministerkonferenz der Rheinanliegerstaaten zu ziehen?
15. Abgeordneter
**Freiherr
von Fircks**
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung durch die Zuweisung von Haushaltsmitteln an die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung sowie an die anderen überregionalen Museen und Institute, die im Arbeitskreis „Selbständiger Kultureller Institutionen“ vereinigt sind, sicherstellen, daß die Publikationsreihen sowie die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit dieser Kulturinstitute, deren Fortsetzung durch den rapiden Kostenanstieg bereits unmöglich geworden oder künftig gefährdet ist, wieder aufgenommen und fortgesetzt werden können?
16. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Berufskraftfahrer beim Bund, die infolge eines Unfalles, wegen einer Leistungsminderung durch schädliche Einflüsse der Arbeit oder wegen einer Leistungsminderung durch Abnahme der körperlichen Kräfte und Fähigkeiten infolge langjähriger Arbeit, nicht mehr als Kraftfahrer beschäftigt werden können, nur unter bestimmten Voraussetzungen eine Lohnausgleichszulage erhalten, die von einer geringeren Bemessungsgrundlage als dem bisherigen Gesamtpauschalohn berechnet wird und sich nach Ablauf von jeweils einem Jahr um ein Viertel vermindert, wodurch der Kraftfahrer empfindliche Lohneinbußen hinnehmen muß, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, diesem Mißstand abzuwehren?

17. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Berufskraftfahrer beim Bund, deren dienstliche Inanspruchnahme aus Gründen, die der Fahrer nicht zu vertreten hat, gemindert wird, empfindliche Einkommensverluste hinnehmen müssen, auch wenn diese Fahrer jahrelang in einer bestimmten Pauschallohnguppe (Zeitgruppe) tätig und in diesem Ausmaß beansprucht waren, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, diesem Mißstand abzuwehren?
18. Abgeordneter
Dr. Schmude
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es für angemessen, daß auch das Überschreiten der Grenzen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen EWG-Staaten ohne Paß sowohl für Deutsche (§ 11 Abs. 1 in Verbindung mit § 1 des Paßgesetzes) als auch für Ausländer (§ 47 Abs. 1 Nr. 1 des Ausländergesetzes) als Vergehen strafbar ist, oder zieht sie in Betracht, die betreffenden Straftatbestände für solche Fälle in Ordnungswidrigkeiten umzuwandeln?
19. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Anwendung unterschiedlicher Bemessungssätze für die Beihilfen der Beamten in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland für sachgerecht, und ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß für die Beamten des Bundes und der Länder einheitliche Bemessungsgrundlagen zur Anwendung kommen?
20. Abgeordneter
Wagner
(Günzburg)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Verordnung über den Erholungsurlaub der Bundesbeamten und Richter im Bundesdienst dahin gehend zu ändern, daß künftighin die Urlaubsdauer für alle Beamten und Richter einheitlich nach dem Lebensalter bemessen wird, anstatt auf das Lebensjahr und die Besoldungsgruppe abzustellen, und bis zu welchem Zeitpunkt kann mit einer entsprechenden Änderung gerechnet werden?
21. Abgeordneter
Dr. Hauser
(Sasbach)
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Bundesregierung das von Rembrandt 1643 gemalte, bis 1921 im Museum in Weimar aufbewahrte, Selbstporträt auf Grund eines Prozeßvergleichs mit der Erbgroßherzogin von Sachsen-Weimar in ihrer vollen Verfügungsgewalt hat, es aber weder der Öffentlichkeit zugänglich macht noch wenigstens die Verbreitung von Photographien erlaubt?
22. Abgeordneter
Dr. Hauser
(Sasbach)
(CDU/CSU)
- Wenn ja, welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, das Gemälde der Öffentlichkeit vorzuenthalten, und wann wird sie es der Öffentlichkeit zugänglich machen?

23. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD) Wann ist mit einer Vorlage zur Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes im Sinne der Erklärung des Bundeskanzlers vom 20. September 1973 zu rechnen, mit der die „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“ vom 28. Januar 1972 abgelöst werden sollen?
24. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Auf welche Weise wird die Bundesregierung in Zukunft den Ablauf des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens beim Bau von Kernkraftwerken gestalten, um die Versorgungsziele ihres Energieprogramms im Kernenergiesektor zu sichern?
25. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Ist an eine Novellierung des § 7 Abs. 3 des Atomgesetzes gedacht, um das Verfahren zu straffen?
26. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die Weiterentwicklung eines kooperativen Föderalismus für notwendig, und welche Schritte gedenkt sie gegebenenfalls zu seiner Realisierung zu unternehmen?
27. Abgeordneter
Pohlmann
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung den Bau des geplanten Kernkraftwerks Grohnde in unmittelbarer Nähe (1500 m) von den Gemeinden Grohnde und Kirchohse und in 8 km Entfernung der Stadt Hameln (63 000 Einwohner) für vertretbar gegenüber den durch den Betrieb eines Kernkraftwerks gegebenen Sicherheitsrisiken, und kann die Bundesregierung zusichern, daß eine Gefährdung der Bevölkerung der umliegenden Ortschaften durch emittierte radioaktive Isotope unter allen Umständen, also auch langfristig, ausgeschlossen ist?
28. Abgeordneter
Pohlmann
(CDU/CSU) Mit welcher Begründung hält die Bundesregierung den Bau eines weiteren Kernkraftwerks an der Weser für zulässig, eines Flusses, der jetzt schon durch die Kaliabwässer vornehmlich aus dem Werragebiet (DDR) biologisch überlastet ist?
29. Abgeordneter
Pensky
(SPD) Was und gegebenenfalls mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung auf Grund der Empfehlung 601 der Beratenden Versammlung des Europarats vom 20. April 1970 veranlaßt, die darauf abzielt, die Anwendung der IV. Genfer Konvention auf die Polizeibeamten sicherzustellen?
30. Abgeordneter
Pensky
(SPD) Wird sich die Bundesregierung insbesondere auch im Hinblick auf die erneute Initiative der Beratenden Versammlung des Europarats vom 26. September 1973 (Ergänzungsantrag Nummer 1 zum Dokument 3336) im Ministerkomitee des Europarats für eine Verwirklichung

der vorerwähnten Empfehlungen einsetzen und daneben auch die deutschen Vertreter an der Diplomatischen Konferenz 1974 veranlassen, einen entsprechenden Standpunkt zu vertreten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

31. Abgeordneter
Löffler
(SPD) Welche beiden Staaten der EWG haben für 1971 und 1972 die Betrugsfälle zu Lasten des EG-Agrarfonds der Kommission nicht gemeldet?
32. Abgeordneter
Löffler
(SPD) Was wird die Bundesregierung in Brüssel unternehmen, damit diese beiden Länder ihre Verpflichtung zur Meldung von Betrugsfällen einhalten?
33. Abgeordneter
Dreyer
(CDU/CSU) Bei der Veräußerung eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebs vor dem 1. Januar 1974 wird auf Antrag nur der über 60 000 DM hinausgehende Veräußerungsgewinn zur Einkommensteuer herangezogen (die Inanspruchnahme des Freibetrags von 60 000 DM ist an zusätzliche Bedingungen geknüpft), ist die Bundesregierung bereit, diese Vergünstigung über den 1. Januar 1974 hinaus zu verlängern, und wenn ja, mit welcher neuen Befristung?
34. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, bei zu erwartenden Preiserhöhungen für Benzin und Dieselkraftstoff den Steueranteil in Höhe von 66,3% (bei Dieselkraftstoff 9,9% Mehrwertsteuer + 56,4% Mineralölsteuer bei einem Verbraucherpreis von 73 Pfg. pro Liter) zu vermindern, um so die Preise zu stabilisieren?
35. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die steuerliche Belastung bei leichtem Heizöl (bei einem Verbraucherpreis von 25 Pfg. pro Liter zur Zeit insgesamt 13,2%, davon 3,3% Mineralölsteuer) zu vermindern, um die Preise zu stabilisieren?
36. Abgeordneter
Dr. Dollinger
(CDU/CSU) Welche stabilitätsfördernden Auflagen können gegebenenfalls den diese Beistandskredite in Anspruch nehmenden Ländern gemacht werden, und welche Möglichkeiten gibt es, die Einhaltung dieser Auflagen zu gewährleisten?
37. Abgeordneter
Dr. Dollinger
(CDU/CSU) Ist der kurz- und mittelfristige Beistandskredit der EG bereits im Europäischen Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit integriert, und welches, bei unsachgemäßer Institutionalisation, inflatorisch wirkende Liquiditätspotential entstünde, wenn darüber hinaus bereits eine teilweise Poolung der Währungsreserven stattgefunden hätte?

38. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung die Absicht, die Kreditaufnahme der Gemeinden und Gemeindeverbände analog der Verordnung über die Begrenzung der Kreditaufnahme (Schuldendeckelverordnung) auch im Jahr 1974 zu beschränken?
39. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, zusätzliche Kriterien, insbesondere die Einwohnerzahl, in die Verordnung einzubeziehen, um zu einem gerechteren Berechnungsschlüssel zu finden?
40. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Meinung des Vizepräsidenten der EG-Kommission, Wilhelm Haferkamp, daß für das Anhalten höherer Inflationsraten vor allem auch das „Verschwinden des Bremseffekts der früheren Stabilitätsinseln USA, Bundesrepublik Deutschland und Schweiz auf die internationale Ausbreitung der Inflation“ ursächlich ist?
41. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die heftige Kritik des Bundesvorstands des DGB an den Stabilitätsmaßnahmen von Bundesregierung und Bundesbank, wonach das Stabilitätsprogramm und insbesondere die harte Geld- und Kreditpolitik einzelne Branchen mit unterschiedlichem Gewicht trafen, von der Hochzinspolitik und der Kreditverknappung, insbesondere die Klein- und Mittelbetriebe in Mitleidenschaft gezogen würden, die Großunternehmen und die multi-nationalen Konzerne dagegen die restriktive Geldpolitik teilweise umgehen könnten, wodurch die Konzentrationstendenzen gefördert würden?
42. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, direkte Einflußmöglichkeiten auf die Haushalte von Ländern und Gemeinden zu erlangen, und wenn ja, auf welche Art und Weise?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

43. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Was hat diese Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt unternommen, um ihre in Zeitungsinserten gemachte Aussage, sie unterbinde „das Geschäft mit Mogelpackungen“ zu rechtfertigen?
44. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten der Einflußnahme über das Bevorratungsgesetz hinaus hat die Bundesregierung gegenwärtig, um bei einem Anhalten des Nahostkrieges und sich daraus ergebender Schwierigkeiten eine Versorgung mit Rohöl- und Mineralölprodukten über einen längeren Zeitraum sicherzustellen?

45. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Gibt es ein gemeinsames Koordinierungsgremium und ein abgestimmtes Krisenversorgungsprogramm der EG für den Fall der Rohölversorgungsschwierigkeiten infolge des Nahostkrieges?
46. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU)
- Ist nicht zu befürchten, daß durch die überdurchschnittliche Konjunkturabschwächung auf dem Bausektor viele Facharbeiter in andere Betriebe überwechseln und dann diesem wichtigen Wirtschaftszweig auf Dauer verloren gehen?
47. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dieser Entwicklung entgegenzuwirken?
48. Abgeordneter
Dr. Kempfler
(CDU/CSU)
- Rechnet die Bundesregierung damit, daß Mittel aus dem Regionalfonds der EG für wirtschaftlich schwache, landwirtschaftlich strukturierte Gebiete in Bälde zur Verfügung stehen?
49. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, bzw. welche Maßnahmen wird die Bundesregierung einleiten, um den Energiebedarf der Bundesrepublik Deutschland für die Zukunft zu ermitteln, und beabsichtigt die Bundesregierung, hierbei unabhängige Wissenschaftler und Institute einzuschalten, um zu einer objektivierten Meinungsbildung zu gelangen, die weder von den Argumenten der Stromerzeuger noch von den Argumenten der Gegner neuer Kraftwerke über Gebühr beeinflußt wird?
50. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, derartige Untersuchungen in regionaler Untergliederung für einzelne mögliche Standorte von Kraftwerken vornehmen zu lassen, und ist sie hierbei gegebenenfalls bereit, dabei auch die Verflechtungen über die Grenzen des Bundesgebiets hinweg zu berücksichtigen und im Fragenkatalog derartiger Untersuchungen die verschiedenen Gesichtspunkte prüfen zu lassen, wie sie etwa von Wissenschaftlern der Freiburger Universität im Zusammenhang mit dem möglichen Standort Breisach enumeriert worden sind?
51. Abgeordneter
Immer
(SPD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, durch eine grundsätzliche Änderung der regionalen Wirtschaftsförderung der Tatsache Rechnung zu tragen, daß sich eine große Anzahl von im ländlichen Raum angesiedelten Betrieben trotz großzügiger öffentlicher Investitions-

förderung und entsprechender kommunaler territorialer und technischer Vorleistungen gegenüber den Betrieben in industriell-gewerblichen Ballungsräumen als nicht wettbewerbsfähig erwiesen haben?

52. Abgeordneter
Immer
(SPD)
- Inwieweit wird die Bundesregierung nach gründlicher Erfolgskontrolle der Förderungsprogramme die Investitionsförderung im Bereich der Privatwirtschaft zugunsten infrastruktureller Maßnahmen einschränken, damit auch in den ländlichen Räumen ein erwünschtes Maß an Wohnungs- und Versorgungskonzentration in Entwicklungsschwerpunkten mit zentralörtlicher Bedeutung entwickelt werden kann?
53. Abgeordneter
Dr. Franz
(CDU/CSU)
- Zu welchen gesetzgeberischen Überlegungen gibt die Meldung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Nr. 219 vom 20. September 1973, Seite 10, Anlaß, wonach Konzessionen für den Betrieb einer Gastwirtschaft auch an Räuber, Hehler und Totschläger erteilt werden, so daß kriminalistische Sachverständige darauf verweisen, das Hotel- und Gaststättengewerbe drohe zum Tummelplatz organisierter, aufsteigender oder schon aufgestiegener Unterweltler zu werden, und wie gedenkt die Bundesregierung zu verhindern, daß ahnungslose Gäste zweifelhaften Wirten ausgeliefert sind und der Ruf des ehrbaren Gewerbes durch Zunahme unzuverlässiger Existenzen gefährdet wird?
54. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Kann aus der Antwort der Bundesregierung auf meine Anfrage Nr. 23 vom 3. Oktober 1973, daß sie den von dieser Heizölpreisentwicklung im besonderen Maße betroffenen Unterglasbetrieben des Gartenbaues keine Empfehlung zur Energieversorgung geben kann, geschlossen werden, daß sie keine energiepolitische Konzeption hat, die auf eine Sicherung der Energieversorgung der betroffenen Wirtschaftsbereiche abzielt?
55. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminenhof)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die in der ostfriesischen Presse (Ostfriesen-Zeitung vom 27. September 1973) wiedergegebenen Ansichten, wonach es durchaus möglich sein müsse, die Konjunkturpolitik zu regionalisieren u. a. durch eine zeitliche Steuerung der Aufträge?
56. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminenhof)
(CDU/CSU)
- Wenn ja, warum macht die Bundesregierung von diesen Möglichkeiten keinen Gebrauch, um das Ansteigen der Arbeitslosigkeit in den strukturschwachen Gebieten — vor allem auch in Ostfriesland — zu verhindern?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

57. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung angeben, wie sich im ersten Halbjahr 1973 bei den landwirtschaftlichen Krankenkassen insgesamt und bei den einzelnen Kassen die Beitragseinnahmen zu den Ausgaben unter Einschluß der Verwaltungskosten und sonstiger Kosten gestaltet haben?
58. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Welche landwirtschaftlichen Alterskassen haben bereits die Beiträge um wieviel Prozent im Jahr 1973 erhöht, und welche Kassen müssen in absehbarer Zeit die Beiträge in welchem Umfang anheben?
59. Abgeordneter
Möllemann
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, daß eine „Stiftung für die Alterssicherung älterer Selbständiger, Stiftung des öffentlichen Rechts“ auf Grund des Artikels 3 des Rentenreformgesetzes vom 16. Oktober 1972 (BGBl. I S. 1965) zwar ins Leben gerufen wurde, aber mangels verfügbaren Kapitals nicht aktiv werden kann, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diesen unerfreulichen Tatbestand zu unternehmen?
60. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, im Zuge ihrer längerfristigen agrarsozialen Gesetzgebung, die berufsständische Unfallversicherung für Landwirte in eine allgemeine, für alle, auch privaten, Unfälle zu erweitern?
61. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(SPD) Wenn ja, wann ist mit der Erweiterung zu rechnen, und wie hoch werden die mutmaßlichen Kosten für den jeweiligen Landwirt sein?
62. Abgeordneter
Kater
(SPD) Kann die Bundesregierung für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland die Angaben in der von der EG-Kommission herausgegebenen Studienschrift 22/1972 (Reihe Sozialpolitik) bestätigen, wonach es nur Schätzungen der gesamtwirtschaftlichen Einkommenspyramide bei uns gibt?
63. Abgeordneter
Kater
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen, um einwandfreie statistische Zahlen über die Einkommensentwicklung und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten?
64. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD) Ist die Bundesregierung in der Lage, schon jetzt oder in Kürze mitzuteilen, zu welchem Zeitpunkt ausreichende Zivildienstplätze zur Verfügung stehen, um alle anerkannten Zivildienstleistenden auch tatsächlich einberufen zu können?

65. Abgeordnete
Frau Meermann
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf die Rentenversicherungsanstalten hinzuwirken, damit bei überlangen Wartezeiten den Antragstellern wenigstens ein Zwischenbescheid erteilt wird?
66. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, das Gesetz über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstgeschädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr dahin gehend zu ändern, daß durch eine räumliche Ausweitung des Nahverkehrsreichs die jetzt bestehende Benachteiligung der in kreisangehörigen Orten wohnenden Bürger gegenüber Großstadtbewohnern beseitigt wird?
67. Abgeordneter
Pawelczyk
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, bei der geplanten Änderung des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie anderen Behinderten im Nahverkehr vom 27. August 1965 auch erwerbsunfähige, mongoloide Personen in den berechtigten Personenkreis einzubeziehen, und wann wird die Bundesregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen?
68. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die finanzielle Situation der landwirtschaftlichen Krankenkassen unter Berücksichtigung aller gesetzlich vorgeschriebenen finanziellen Aufwendungen (z. B. Pensionsrückstellungen), und wie hoch müssen die Beiträge angehoben werden, um alle Verpflichtungen erfüllen zu können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

69. Abgeordneter
Zebisch
(SPD) Wie weit sind die Bemühungen der Bundesregierung zur Einbeziehung osteuropäischer Länder in die europäischen Jugendaustauschprogramme gediehen?
70. Abgeordneter
Zebisch
(SPD) Treffen die Meldungen im „Spiegel“ vom 15. Oktober 1973 zu, wonach der Austausch von Jugendlichen im Rahmen des deutsch-französischen Jugendwerks von 300 000 Jugendlichen im Jahr 1965 auf 150 000 Jugendliche im Jahr 1973 zurückging, und welche Gründe sind nach Auffassung der Bundesregierung für diese Entwicklung bestimmend?

71. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Wie hoch sind die jährlichen Kosten der Trichinenbeschau, und in welchen europäischen Ländern findet eine Trichinenbeschau, die der in der Bundesrepublik Deutschland vergleichbar ist, statt?
72. Abgeordneter
Stahl
(Kempfen)
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die in der ZDF-Sendung Gesundheitsmagazin Praxis am 1. Oktober 1973 dargestellten Zustände, sehr schlechte sanitäre Einrichtungen, Belegung von Großraumschlafsälen in psychiatrischen Kliniken, abzuändern?
73. Abgeordneter
Stahl
(Kempfen)
(SPD) Ist die Bundesregierung nicht auch meiner Ansicht, daß in derartigen dort dargestellten Kliniken eine dem Krankheitszustand der dort weilenden Patienten entsprechend notwendige Rehabilitation nicht stattfinden kann, und man die Träger verpflichten sollte, schnellstens menschenwürdigere, dem Stand der heutigen Medizin entsprechende Verhältnisse zu schaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

74. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die durch einen geflüchteten Offizier der NVA neuerlich bestätigte Ausrichtung der DDR-Streitkräfte auf eine vom Haß auf den Feind, durch scharfe ideologische Überwachung und besondere Härte der militärischen Ausbildung geprägte Angriffsarmee (Spiegel Nr. 42/73) in krassem Widerspruch zu Artikel 1 des Grundlagenvertrags und der darin niedergelegten Verpflichtung steht, normale gutnachbarliche Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln, und wie gedenkt die Bundesregierung darauf hinzuwirken, daß die Regierung der DDR ihren Verpflichtungen aus dem Grundlagenvertrag auch im Bereich der Verteidigung nachkommt?
75. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die seit etwa einem Jahr bis zum heutigen Tag fortgesetzte Praxis der Unterbindung von Familienkontakten zur Bundesrepublik Deutschland für Bewohner der DDR durch die dortigen Behörden unter dem Vorwand einer angeblichen Geheimnisträgerschaft (s. Bericht in Nr. 43 der Illustrierten „Quick“) eine Verletzung des Artikels 2 des inzwischen in Kraft getretenen Grundlagenvertrags darstellt, und welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um die Regierung der DDR zu einem vertragstreuen Verhalten ihrer Behörden zu veranlassen?

76. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Sind nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 31. Juli 1973 alle Staatsorgane und Behörden der Bundesrepublik Deutschland kraft Gesetzes verpflichtet, ausschließlich die amtlichen deutschen Ortsnamen für alle Orte in ganz Deutschland zu verwenden?
77. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung alle ihr unterstehenden Behörden anweisen, für alle Orte in ganz Deutschland ausschließlich die amtlichen deutschen Ortsbezeichnungen zu verwenden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie und
für das Post- und Fernmeldewesen**

78. Abgeordneter
Dr. Schweitzer
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten von Verhandlungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über eine vertraglich fixierte Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft, Technik und Kultur gemäß Zusatzprotokoll zum Artikel 7 des „Vertrags über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“, Ziffer 2 und Ziffer 7?
79. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Trifft die Meldung zu, daß die Bundesregierung eine Sonderbriefmarke mit dem Kopf von Rosa Luxemburg herauszubringen beabsichtigt?
80. Abgeordneter
**Dr. Schmitt-
Vockenhausen**
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zu von Postbehörden örtlich getroffenen Maßnahmen, daß das Leerungspersonal an den Briefkästen nicht mehr mit einem Spezialschlüssel den nächsten Leerungstermin einstellen muß mit der Folge, daß auf den Briefkästen die nächste Leerungszeit nicht mehr angezeigt wird?
81. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen bereit, entsprechend dem Wunsch vieler Mitarbeiter der Deutschen Bundespost und einer Initiative der Deutschen Postgewerkschaft von 1971, den Mitarbeitern der Deutschen Bundespost freizustellen, ob sie auf den Türschildern ihrer Arbeitsräume Amtsbezeichnungen führen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

82. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU) Sieht auch die Bundesregierung die Gefahr, daß ein schon zugelassener, aber vor Studienbeginn zum Wehrdienst einberufener Studienbewerber, der nach Beendigung der Dienstzeit entsprechend der Rechtsverordnung zur Durchführung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen erneut die Zuteilung eines Studienplatzes beantragen muß, das Opfer eines in § 12 Abs. 3 Satz 2 dieser Rechtsverordnung vorgesehenen Losentscheids werden kann?
83. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung ihren Einfluß geltend machen, daß die Rechtsverordnung zum Staatsvertrag dahin gehend ergänzt wird, daß dem schon zugelassenen, dann aber einberufenen Bewerber „sein“ Studienplatz bis zur Beendigung des Wehrdienstes erhalten bleibt?
84. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Was hat die Bundesregierung unternommen, um Nachteile bei der Zulassung zum Studium für die Studienbewerber, die eine Dienstpflicht nach Artikel 12 a Abs. 1 des Grundgesetzes abgeleistet haben, zu verhindern?
85. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Bleiben verschärfte Zulassungsbedingungen, die erst während der Dienstzeit eingeführt worden sind, bei der Zulassung ehemaliger Soldaten außer Betracht, und wird die Zeit der Dienstpflicht als Wartezeit für einen Studienplatz anerkannt?
86. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zur öffentlich vorgetragene Anregung nach Aufstellung eines Rahmenplans für den Hochschullehrerbedarf, detailliert für die einzelnen Bereiche bzw. Hochschullehrerkategorien?
87. Abgeordneter
Dr. Fuchs
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung des Deutschen Studentenwerks, daß sich der Fehlbetrag zwischen dem Bedarfssatz und den Studienkosten auf 240 DM erhöht hat?
88. Abgeordneter
Dr. Fuchs
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz in zunehmendem Maße aus Mitteln der Sozialhilfe aufgestockt werden muß?
89. Abgeordnete
Frau Benedix
(CDU/CSU) Zu welchem Termin gedenkt die Bundesregierung, den fälligen Bericht gemäß § 35 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vorzulegen?

90. Abgeordnete
Frau Benedix
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung des Deutschen Studentenwerks, daß der Abstand zwischen den Freibeträgen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und den tatsächlichen Lebenshaltungskosten beim 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt stetig größer wird?
91. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Einkommensgrenze im Bundesausbildungsförderungsgesetz zu erhöhen, da infolge der inflationsbedingten Lohnsteigerungen, die keine Realeinkommenserhöhungen bedeuten, Personen bereits aus der Ausbildungsförderung herausgehalten sind oder in geringerem Umfang gefördert werden, deren Einkommenssituation sich in keiner Weise gebessert hat?
92. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung gleichzeitig bereit, die Bedarfssätze im Bundesausbildungsförderungsgesetz, die den in Ausbildung stehenden Personen gewährt werden, zu erhöhen, da diese infolge Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht mehr zur Bestreitung des Lebensunterhalts ausreichen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

93. Abgeordneter
Dr. Althammer
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß sich Sonderminister Bahr bemüht hat, westliche Botschafter zu einer Aktion gegen die Fluchthilfeorganisationen in Berlin zu bewegen?
94. Abgeordnete
Frau Schleicher
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen hat der Bundeskanzler sich bei der Reform des § 218 für die Fristenlösung entschieden?
95. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Was kann ich Teilnehmern verschiedener Besuchergruppen antworten, die auf Einladung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung nach Bonn gekommen waren und denen durch das Ausfüllen von Fragebogen die Übersendung von Informationsmaterial in Aussicht gestellt wurde, das später jedoch nicht zugestellt wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

96. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die sowjetische Regierung Druck auf die Bundesregierung ausgeübt hat, keinen Westberliner Abgeordneten in die deutsche UNO-Delegation aufzunehmen, und wenn ja, wie ist von Bundesminister Bahr darauf reagiert worden?

97. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Geht aus den Genfer Erklärungen der Vertreter der Sowjetunion und ihrer Verbündeten von 1965 bis 1966, die der dann unabänderlich gebliebenen sowjetisch-amerikanischen Einigung vom Spätherbst 1966 über die Artikel I und II des Atomwaffensperrvertrages vorausgingen, hervor, daß die Interpretation des Verbots jeder Art der Verbreitung von direkter und indirekter Verfügungsgewalt (control) über Kernwaffen für die Sowjetunion die politische Substanz des Atomwaffensperrvertrages darstellt, und wie lautet diese Interpretation nach amerikanischer bzw. nach sowjetischer Auffassung?
98. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Welche denkbaren Vorstufen und Stufen einer künftigen politischen und/oder verteidigungspolitischen Union aller oder einzelner Staaten der Europäischen Gemeinschaft dürfen nach Inkrafttreten des Atomwaffensperrvertrags nach amerikanischer bzw. nach sowjetischer Auffassung in keiner Weise mit Kernwaffen ausgerüstet sein, wenn unter den Beteiligten auch Nichtkernwaffenstaaten sind?
99. Abgeordneter
Baier
(CDU/CSU)
- Nach wiederholten Versicherungen der Bundesregierung in den vergangenen Jahren, daß sie aus humanitären Erwägungen ständig für die Freilassung des seit Kriegsende in Italien inhaftierten Herbert Kappler eintritt, und die italienische Regierung ihrerseits zuletzt beim Besuch des Bundeskanzlers in Rom im Frühjahr 1971 eine Prüfung der Angelegenheit zusagte, frage ich, ob diese Bemühungen und Prüfungen nunmehr endlich zur Begnadigung des 28 Jahre lang inhaftierten Herbert Kappler führen?
100. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung den deutschen Botschafter in Chile, Kurt Lüdde-Neurath, wegen seines dem Monitor-Redakteur Rolf Bringmann vom Deutschen Fernsehen am 15. Oktober 1973 gegebenen Interviews gerügt, wenn nicht, ist die Bundesregierung mit dem Inhalt und insbesondere mit dem Stil des Interviews einverstanden?
101. Abgeordneter
Dr. Schulze-Vorberg
(CDU/CSU)
- In welchen Hauptstädten hat die Bundesregierung „Neben-Botschaften“ errichtet, oder plant sie ähnliche Einrichtungen, wie sie in Washington mit einem Büro des Bundeskanzleramts bereits bestehen sollen?
102. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung die politischen Überlegungen von Minister Bahr, wie sie in dem von Herrn Hahn veröffentlichten Stufenplan und in der von „Quick“ veröffentlichten Studie niedergelegt sind, zu einer bestimmenden Grundlage ihrer Außen- und Deutschlandpolitik gemacht?

103. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) Wie ist der gegenwärtige Stand unserer deutschen Gewerbeschulen im Ausland?
104. Abgeordneter
Ahlers
(SPD) Trifft der Bericht von David Binder in der International Herald Tribune vom Freitag, dem 5. Oktober 1973, zu, daß der Chef der Europa-Abteilung im amerikanischen Außenministerium, Stoessel, die Botschafter der Länder der Europäischen Gemeinschaft, darunter auch den deutschen Botschafter in Washington, zu sich gebeten und sie wegen der Veröffentlichung gewisser Einzelheiten über die Verhandlungen des neuen amerikanischen Außenministers mit den europäischen Regierungen kritisiert und ermahnt hat und dabei erklärt hat, dies sei keine Art, Verhandlungen zu führen, und wenn ja, was hält die Bundesregierung von dieser Art des State Department, die Regierungen anderer Staaten zu belehren?
105. Abgeordneter
Ahlers
(SPD) In welcher Weise wird die Bundesregierung auf diesen Vorgang reagieren?
106. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung die diplomatische Anerkennung Nordvietnams, und glaubt sie, daß sie mit einem solchen Schritt der Freiheit Südvietnams dient?
107. Abgeordneter
**Freiherr
von Fircks**
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung den Bruch des Waffenstillstands in Nahost durch Ägypten und Syrien als Fall von bewaffneter Aggression zum Anlaß nehmen, ihre Entwicklungshilfe- und Kreditpolitik gegenüber all den Staaten zu überprüfen, die sich an der Aggression offen beteiligen oder sie unterstützen?
108. Abgeordnete
**Frau
von Bothmer**
(SPD) Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu der Anregung des Professors Dr. Franz J. Hinkelammert vom Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin ein, die politische Verhaltensweise der deutschen Konsulate und „insbesondere der deutschen Wahlkonsulate“ in Chile zu untersuchen, „die sich zum Teil an den politischen Streiks vor dem Putsch beteiligten und sich nach dem Putsch häufig absolut mit der Politik der Militärjunta identifizieren“?
109. Abgeordnete
**Frau
von Bothmer**
(SPD) Aus Anlaß der kürzlich erfolgten Proklamierung einer Republik Guinea-Bissao durch die Befreiungsbewegung PAIGC frage ich die Bundesregierung, nach welchen Kriterien sie eine Bitte um Anerkennung des neuen Staates beurteilen würde?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter
Leicht
(CLU/CSU) Unter Bezugnahme auf die Antwort des Auswärtigen Amtes vom 10. Mai 1973 in Sachen Sequesterland — insbesondere im Raum Berg Scheibenhard — frage ich die Bundesregierung, ob sich Änderungen gegenüber den im genannten Schreiben getroffenen Feststellungen ergeben haben, bzw. bis wann Regelungen für die Betroffenen zu erwarten sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

2. Abgeordneter
Alber
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Feststellung des Dritten Senats des Bundesarbeitsgerichts (3 AZR 26/72 und 3 AZR 34/72), der Grundsatz von Treu und Glauben gebiete es, bei einem Währungsverfall großen Ausmaßes den Beziehern von betrieblichen Altersrenten einen Ausgleich zu gewähren, wegen des Grundsatzes der Gleichbehandlung auch auf die freiwillig Versicherten in der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder Anwendung finden muß, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, auf eine Verwirklichung dieses Grundsatzes hinzuwirken?
3. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung im einzelnen über die Errichtung von Zentren für den Katastrophenschutz auf Kreisebene (K-Zentren)?
4. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD) Wann ist mit einer Rechtsverordnung zu § 62 des Bundesgrenzschutzgesetzes, die eine Übertragung von Grenzschutzaufgaben auf die Zollverwaltung regelt, zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

5. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß viele gemeinnützige ländliche Vereine in die Körperschaftsteuerpflicht hineingeraten, weil ihre Überschüsse infolge der Preissteigerungen die Bagatellgrenze von 5000 DM übersteigen, und ist die Bundesregierung bereit, hier Abhilfe zu schaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

6. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, gemäß der Ziffer 7 der Schlußerklärung der Pariser Gipfelkonferenz eine schrittweise und wirksame Öffnung des öffentlichen Vergabewesens (Ver-

- öffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft) durchzuführen, und wenn ja, in welcher Form soll das geschehen?
7. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Glaubt die Bundesregierung daß, wie es die Schlußerklärung der Pariser Gipfelkonferenz vorsah, am 1. Januar 1974 der Übergang zur Zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion möglich ist, und wenn nicht, welches sind die Ursachen?
8. Abgeordneter
Kater
(SPD) Sieht die Bundesregierung für bestimmte Bereiche der Wirtschaft Gefahren bei der Fortsetzung der Politik globaler Kreditrestriktionen?
9. Abgeordneter
Kater
(SPD) Was hat die Bundesregierung getan bzw. zu tun vor, um rezessive Auswirkungen bei der Fortsetzung der Politik globaler Kreditrestriktionen in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft zu verhindern?
10. Abgeordneter
Immer
(SPD) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um insbesondere im ländlichen Raum die Monopolstellung einzelner industrieller oder auch gewerblicher Betriebe einmal auf dem Arbeitsmarkt und zum anderen auf dem Bodenmarkt (Erwerb von Sperrparzellen) zu verhindern?
11. Abgeordneter
Immer
(SPD) Inwieweit wird die Bundesregierung eine sinnvolle Konzentration von Industrie- und Gewerbebetrieben mit einem differenzierten Arbeitsplatzangebot (z. B. nach dem Modell niederländischer Industrieparks) fördern bei gleichzeitiger verstärkter Entwicklung von industriearmen und damit umweltfreundlicheren Siedlungs-, Versorgungs- und Erholungs- (bzw. Freizeit-)Zentren in einem für die Bewohner zumutbaren Entfernungsradius (entsprechend einer 30 bis 40 Minuten Isochrone)?
12. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Wann und durch wen ist der Bundesregierung die beabsichtigte Schließung des im Alleineigentum der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt stehenden Betriebs der G. G. Fittings GmbH in Sontra im hessischen Zonenrandkreis Eschwege und der damit verbundene Verlust von rund 530 Arbeitsplätzen bekannt geworden, der einen schweren wirtschaftlichen Schlag für diesen Raum an der Zonengrenze darstellt, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in dieser Angelegenheit ergriffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

13. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Ich frage die Bundesregierung, nachdem sie kürzlich erneut bestätigt hat, daß sie sich nach wie vor für eine Einbeziehung von Obst- und Gemüse in den Grenzausgleich einsetzt, wel-

che Voraussetzungen für die Festsetzung von Grenzausgleichsbeträgen für Obst und Gemüse vorliegen müssen, und warum die Marktkrisen im Spätsommer d. J. bei Tomaten und Blumenkohl nicht Anlaß einer Festsetzung von Ausgleichsbeträgen waren?

14. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung in Erfüllung ihrer Aufgaben zur Sicherung der Ernährung bereits Untersuchungen darüber angestellt, wieweit eine Phosphatversorgung insbesondere für die landwirtschaftliche Produktion langfristig gesichert ist, und sind ihre Meldungen über eine Verknappung der Rohphosphatversorgung bekannt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

15. Abgeordnete
Frau Dr. Riedel-Martiny
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, ausländische Arbeitskräfte und ihre Familien verstärkt auf die Möglichkeiten zur Gesundheitsvorsorge, insbesondere durch die Vorsorgeuntersuchungen hinzuweisen, und ist insbesondere daran gedacht, fremdsprachiges Aufklärungsmaterial dazu zu entwickeln?
16. Abgeordneter
Dr. Slotta
(SPD)
- Treffen die Pressemeldungen zu, wonach die Bundesregierung beabsichtigt, sich für die Verbesserung der Stellung der Jugendvertreter, die sich in einem Ausbildungsverhältnis befinden, einzusetzen, nachdem der DGB festgestellt hat, daß seit dem Inkrafttreten des Betriebsverfassungsgesetzes über 600 Jugendvertreter von dem Ausbildungsverhältnis nicht in ein Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis übernommen wurden, da sie sich innerhalb der Unternehmen für die Rechte der jungen Arbeitnehmer eingesetzt haben, und welches werden diese Maßnahmen sein?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

17. Abgeordneter
Dr. Zimmermann
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des Oberbefehlshabers der Warschauer-Pakt-Truppen über eine zusätzliche Stationierung der sowjetischen Streitkräfte der Nordgruppe in Polen, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für das Kräfteverhältnis in Mitteleuropa?
18. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, daß das Verteidigungsministerium zwischen Radevormwald und Halver die Anlegung eines Munitionsdepots plant, und ist der Bundesregierung bekannt, daß, sollte es zu der Anlegung dieses Depots kommen, ein großes Erholungsgebiet für die Großstädte des Bergischen Landes und zum Teil des Ruhrgebiets verlorengeht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

19. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Welche Schwierigkeiten stehen derzeit dem dringend erforderlichen Ausbau der B 20 auf dem Teilstück Freilassing Süd bis zum Anschluß an die B 304 entgegen, und wann ist frühestens mit einer kreuzungsfreien Anbindung dieser beiden Bundesstraßen zu rechnen?
20. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Gibt es konkrete Pläne, die Ausfahrt Piding an der Bundesautobahn München—Salzburg durch einen weiteren Ausbau dem stark gestiegenen Verkehrsaufkommen anzupassen, und wann und in welcher Form ist bejahendenfalls ein solcher Ausbau vorgesehen?
21. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Wie und wann gedenkt die Bundesregierung, die immer unerträglicher werdende Verkehrssituation der Ortsdurchfahrt der Bundesstraße 33 in Marbach bei Villingen durchgreifend zu verbessern?
22. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Ist für die Umgehungsstraße die 1. Dringlichkeit vorgesehen, etwa auch als Zubringer zur Autobahn Stuttgart—westlicher Bodensee?
23. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den Bau einer Unterführung für die B 277 (Ortslage Wetzlar, Frankfurter Straße/Höhe Wiesenau), um für die Schüler der Albert-Schweitzer-Schule ein gefahrloses Überqueren der Straße zu ermöglichen?
24. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wann ist mit der Bereitstellung der Bundesmittel für den Bau der Umgehungsstraße Herborn (B 277/B 255) zu rechnen, und wie beurteilt die Bundesregierung die Dringlichkeit dieser Maßnahme?
25. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß das Straßenbauamt Northeim mit der Planung von Baumaßnahmen am Weserübergang Hemeln/Vekkerhagen betraut ist, die militärischen Zwecken dienen sollen?
26. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß eine solche Maßnahme dem gerade anlaufenden Fremdenverkehr der beiden Gemeinden schweren Schaden zufügen würde?
27. Abgeordnete
Frau Meermann
(SPD) Beabsichtigt das Bundesverkehrsministerium, die B 462 von Schiltach bis Rottweil in den Bedarfsplan für Bundesfernstraßen aufzunehmen im Hinblick darauf, daß dieses Straßenstück ein Teil der Fernverbindung der Räume Rottweil—Tuttlingen, Balingen—Ebingen und Sigmaringen durch das Kinzigtal nach Offenburg und Straßburg ist?
28. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die finanzielle Sicherstellung des Ausbaus der A 203 im Bereich des Kreises Bergheim/Erft zwischen Königshoven und Bergheim durch den Bund hinreichend gewährleistet,

- und wann kann mit dem Beginn des Ausbaus der A 203 und mit der Fertigstellung gerechnet werden?
29. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß eine kartographische Darstellung der Gesamtinitiativen in den ländlichen und schwach strukturierten Gebieten im Bereich der Straßenbauinvestitionen notwendig ist?
30. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) Ich frage die Bundesregierung, kann nach dem bisherigen Stand der Planung für den Ersatzflughafen Rhein/Main II davon ausgegangen werden, daß eine Lösung gefunden wird, die eine zusätzliche Belästigung der Bewohner von Mainz und Umgebung, die bereits durch die Einflugschneisen des Frankfurter Flughafens erhebliche Nachteile erleiden, vermieden wird?
31. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob die mit der geplanten Autobahnquerspange Feuchtwangen—Donauwörth verfolgte verkehrspolitische Zielsetzung nicht durch einen entsprechenden Ausbau des dortigen Bundes- und Staatsstraßennetzes annähernd und landchaftsadäquater erreicht werden kann?
32. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, in Anwendung des Zonenrandförderungsgesetzes für den Bestand der Umladehalle und der Stückgutabfertigung in Bebra im hessischen Zonenrandkreis Hersfeld/Rotenburg zu sorgen, weil anderenfalls im Gefolge der beabsichtigten Schließung beider Einrichtungen für die Eisenbahnerstadt Bebra und ihr Umland schwerer wirtschaftlicher Schaden eintreten würde?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

33. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU) Welche Vorschläge beabsichtigt die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Novellierung des Bundesbaugesetzes dem Deutschen Bundestag in ihrem Gesetzentwurf über eine bessere Information einspruchsberechtigter Bürger bei der Offenlegung von Bebauungsplänen zu machen, um zu gewährleisten, daß die von einem Bebauungsplan betroffenen Bürger nicht nur durch den üblichen Hinweis in den Verkündungsorganen, der oft übersehen wird und in zahlreichen Fällen für die Bürger nicht erkennen läßt, daß sie von dem offengelegten Bebauungsplan unmittelbar berührt werden, sondern durch andere geeignete Maßnahmen, etwa kommunale Rundschreiben, über die beabsichtigte Verabschiedung eines Bebauungsplanes und über die damit verbundene Ausschußfrist unterrichtet werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie und
für das Post- und Fernmeldewesen**

34. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß die Deutsche Bundespost für den Bereich von Frankfurt/Main verfügte, daß die nächste Leerungszeit der Briefkästen nicht mehr angezeigt wird, und ist beabsichtigt, diese Verfügung auf das übrige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland auszuweiten?
35. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß diese Maßnahme die Kontrolle des pünktlichen Postdienstes durch den Bürger erschwert, eine möglichst schnelle Briefzustellung gefährdet und daß dadurch die vom Bürger zu entrichtenden Gebühren unverhältnismäßig höher sind als die dann noch gebotene Dienstleistung der Deutschen Bundespost?
36. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) Wie wird die Bundesregierung dafür sorgen, daß die angesichts der guten Ertragslage des Fernsprechbereichs unverständlichen Schwierigkeiten und Verzögerungen, besonders zu bestimmten Tageszeiten, Fernverbindungen im Fernsprechnetze der Bundesrepublik Deutschland zu bekommen, beseitigt werden?
37. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für weiterhin vertretbar, daß bei der jetzt schon hohen und in Zukunft noch höheren Grundgebühr Störungen von Fernsprechapparaten an Samstagen und Sonntagen in der Regel nicht behoben werden?
38. Abgeordneter
Dr. Slotta
(SPD) Welche Informationen besitzt die Bundesregierung über den mobilen Schwarzsender „Radio freies Rußland“ in der Bundesrepublik Deutschland?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

39. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß für das viersemestrige Aufbaustudium Heilpädagogik (z. B. an der Fachhochschule für Sozialwesen und Religionspädagogik beim DCV in Freiburg) nur eine Förderungsmöglichkeit für zwei Semester nach dem Berufsausbildungsförderungsgesetz besteht, und ist die Bundesregierung bereit, das Studium der Heilpädagogik mit der notwendigen Zahl von vier Semestern in die Förderungshöchstdauer-Verordnung aufzunehmen?

Bonn, den 19. Oktober 1973